kantonglarus

Landrätliche Kommission
Bau, Raumplanung und Verkehr

An den Landrat

Glarus, 26. Oktober 2026

Kommissionsbericht zur Vorlage
Mehrjahresprogramm für Hochbauten 2027 – 2030

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die landrätliche Kommission Bau, Raumplanung und Verkehr behandelte das Mehrjahresprogramm für Hochbauten 2027 – 2030 an ihrer Sitzung vom 26. Oktober 2026 in folgender Zusammensetzung:

Vorsitz:	LR Kaj Weibel, Mollis
Mitglieder:	LR Roland Goethe, Glarus LR Kaspar Krieg, Niederurnen LR Michael Laager, Näfels LR Luca Rimini, Näfels LR Edwin Koller, Mollis LR Werner Kälin, Ennenda LR Patrizia Köpfli, Nidfurn LR Ueli Luchsinger, Mitlödi

An der Sitzung nahmen weiter teil:
- RR Thomas Tschudi, Vorsteher DBU
- Marc Hutter-Rothauge, Departementssekretär DBU
- Andrea Wittwer Joss, Leiterin Hauptabteilung Hochbau, Kantonsbaumeisterin

Das Sitzungsprotokoll wurde von Marc Hutter-Rothauge geführt.

Für die Bearbeitung standen der Kommission folgende Unterlagen zur Verfügung:
- Antrag des Regierungsrates vom 29. September 2026 an den Landrat zum Mehrjahresprogramm Hochbauten 2027-2030
- Tabellen Mehrjahresprogramm 2027, 2028-2030

1. Grundsätzliches

Das Mehrjahresprogramm für Hochbauten ist eine wichtige Budgetgrundlage und ein unverzichtbares Planungsinstrument für die Werterhaltung und Funktionstüchtigkeit der kantonalen Hochbauten. Die Unterlagen zum Hochbauprogramm werden in einer rollenden Planung jährlich weitergeführt.

Die Kommission liess sich vom Departementsvorsteher sowie der Kantonsbaumeisterin in das Mehrjahresprogramm einführen. Der Departementsvorsteher hob hervor, dass die Entwicklungen im Hochbaubereich zunehmend sichtbar würden und die baulichen Tätigkeiten des Kantons einen Umfang erreicht hätten, wie er in den vergangenen Jahren nicht zu verzeichnen gewesen sei. Neben dem Neubau auf dem Berufsschulareal in Ziegelbrücke erwähnte er das neue Verwaltungsgebäude an der Kirchstrasse 1 und 3 sowie Burgstrasse 25 in Glarus, für welches die Landsgemeinde 2026 den Projektierungskredit bewilligt habe. Auch das Vorhaben «Gwärb-Ruum» in der Legislaturplanung 2027–2030 des Regierungsrates zeige die zukunftsgerichtete Entwicklung auf.

Die Kantonsbaumeisterin erläuterte anhand konkreter Beispiele die Handlungsfelder der Immobilienstrategie und orientierte über den Stand der laufenden Projekte sowie die strategischen Schwerpunkte im Flächenmanagement. Anschliessend führte sie durch die für 2027 vorgesehenen Planungen und Realisierungsprojekte.

Auf Rückfrage aus der Kommission, ob für die Dekarbonisierung des kantonalen Gebäudebestandes bereits ein Absenkpfad festgelegt worden sei, erläuterte die Kantonsbaumeisterin, dass dieser noch ausstehe. Die Arbeiten stünden im Zusammenhang mit dem Klimagesetz und würden in direktem Austausch mit der zuständigen Hauptabteilung Umwelt, Wald und Energie erfolgen.

2. Eintreten

Die Kommission beantragt dem Landrat Eintreten auf die Vorlage, welche eine wichtige Budgetgrundlage darstellt.

3. Detailberatung

Die Kommission diskutierte die Vorlage im Einzelnen und entlang der Struktur des regierungsrätlichen Antrages im Wesentlichen wie folgt:

3.1. Investitionsvorhaben für das Budgetjahr 2027

a. Gerichtshaus, Gerichtshausstrasse 22, Spielhof 6 in Glarus

Die Kommission erkundigte sich nach den erforderlichen baulichen Massnahmen für Justitia 4.0. Die Kantonsbaumeisterin erläuterte, dass die Digitalisierung verschiedene technische Ausbauten bedinge, beispielsweise für die Durchführung digitaler Verhandlungen. Die Anforderungen seien mit jenen beim Umbau des Landratssaals vergleichbar.

b. Liegenschaft Berufsfachschule, Berufsschulareal 1 in Ziegelbrücke

Die Kommission interessierte sich für die vorgesehenen baulichen Massnahmen im Trakt A, welche die Kantonsbaumeisterin erläuterte. Dabei ginge es vorallem um die Sanierung von Oberflächen und Beleuchtung und um den Umbau des Sekretariatsbereichs zu Klassenzimmern.

c. Neubau Berufsschulareal in Ziegelbrücke

Die Kommission wurde über die Einhaltung der Kosten und Termine orientiert. Die Kantonsbaumeisterin führte hierzu aus, dass verschiedene Vergabeerfolge erzielt worden seien, welche sich positiv auf die Einhaltung des bewilligten Kredits auswirkten. Aufgrund submissionsrechtlicher Beschwerden bestehe gegenüber dem ursprünglichen Terminplan eine leichte

Verzögerung. Nach der Abweisung der Beschwerden habe die Verzögerung dank der günstigen Witterungsbedingungen im Sommer teilweise aufgeholt werden können. Bis Ende Jahr dürften nahezu alle Vergaben erfolgt sein, wobei ein Restrisiko durch allfällige weitere Beschwerden verbleibe.

d. Ersatz Schliesssysteme Verwaltung

Die Kommission erkundigte sich nach den Auswirkungen der Brandkatastrophe in Crans-Montana vom 1. Januar 2026 auf die brandschutzrechtlichen Anforderungen an die kantonalen Bauten, insbesondere des Rathauses. Die Kantonsbaumeisterin erläuterte, dass das Rathaus derzeit extern überprüft werde und bis Ende Jahr weitere Erkenntnisse vorliegen sollten. Gesucht würden möglichst pragmatische Lösungen unter Einhaltung der rechtlichen Anforderungen. Dabei bestehe eine gute Zusammenarbeit mit der Glarnersach.

e. Raum für Bildung und Gewerbe, «Gwärb-Ruum»

Auf Rückfrage erläuterte die Kantonsbaumeisterin, dass es sich beim «Gwärb-Ruum» um ein departementsübergreifendes Projekt unter Federführung des Departements Bau und Umwelt handle. Auch die übrigen Departemente hätten in der Legislaturplanung 2027–2030 Massnahmen vorgesehen, welche diese Thematik berührten. Die Mittel für die bauliche Umsetzung seien jedoch zentral beim Departement Bau und Umwelt eingestellt.

Die Kommission erkundigte sich, ob Mittel zur Verbesserung der räumlichen Situation für die Durchführung der Übungskurse vorgesehen seien. Der Departementsvorsteher erläuterte, dass das Departement Bau und Umwelt mit den Berufsverbänden zwar im Kontakt stehe, bislang aber keine Lösung habe gefunden werden können. Die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten sei ihm jedoch ein wichtiges Anliegen. Mit dem Vorhaben «Gwärb-Ruum» erhoffe er sich eine entsprechende Lösung. Aus der Kommission wurde begrüsst, dass dieses Bedürfnis aufgenommen werde. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass die Bemühungen bereits seit drei Jahren liefen und der Bedarf durch die verschiedenen Übungskurse ausgewiesen sei.

Der Departementsvorsteher bestätigte das vorhandene Interesse, verwies jedoch auf die bislang zu geringe Bereitschaft zur finanziellen Beteiligung. Das Angebot solle aufrechterhalten und ausgebaut werden können, wobei der Kanton seine Kosten decken müsse. Bei einer Einigung der Berufsverbände und einer entsprechenden finanziellen Beteiligung könne eine Lösung rasch umgesetzt werden. Das Departement stehe für weitere Gespräche zur Verfügung.

Auf die Frage, ob der «Gwärb-Ruum» auch als dezentraler Verwaltungsstandort in Ziegelbrücke vorgesehen sei, führte der Departementsvorsteher aus, dass allfällig freie oder freiwerdende Flächen auch durch die kantonale Verwaltung genutzt werden könnten.

Aus der Kommission wurde festgehalten, dass sich das Vorhaben im Rahmen der Beratung konkretisiert habe und die Bereitstellung von Flächen für Bildungszwecke politisch unbestritten sei. Hinterfragt wurde hingegen, ob der Kanton auch Flächen für das Gewerbe bereitstellen solle. Unter Hinweis auf ein konkretes privates Vorhaben in Glarus Nord wurde das Anliegen formuliert, dass dieses durch ein kantonales Angebot nicht konkurrenziert werden solle.

Der Departementsvorsteher erläuterte, dass die Bildungsnutzung Priorität habe. Dennoch wolle man Handlungsspielräume offenhalten und mögliche Synergien nutzen. Dabei seien auch Kooperationen mit Vorhaben privater Investoren denkbar.

3.2. Investitionsvorhaben für die Jahre des Aufgaben- und Finanzplans 2028-2030

Die Kommission erkundigte sich nach dem Stand des Verkehrsgartens. Die Kantonsbaumeisterin erläuterte, dass die Planungen grundsätzlich vorlägen, eine bauliche Umsetzung derzeit jedoch nicht notwendig sei. Es seien einfache Lösungen bei bestehenden Anlagen geprüft worden. Denkbar sei auch eine Anlage im Zusammenhang mit dem Neubau des Werkhofs.

4. Kommissionsentscheid

In der Schlussabstimmung beschliesst die Kommission **einstimmig**, dem Landrat die Zustimmung zur Vorlage zu beantragen.

5. Antrag

Die Kommission Bau, Raumplanung und Verkehr beantragt dem Landrat,

1. *das Mehrjahresprogramm für Hochbauten für das Jahr 2027 zu genehmigen; und*
2. *das Mehrjahresprogramm für Hochbauten für die Jahre 2028 – 2030 zur Kenntnis zu nehmen.*

Genehmigen Sie, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Landrätliche Kommission
Bau, Raumplanung und Verkehr



LR Kaj Weibel
Kommissionspräsident